

## Korbacher Resolution der Bürgerinitiativen gegen Fracking

Am 4. und 5. Mai 2013 haben sich in Korbach die unten aufgeführten Anti-Fracking-Initiativen aus Deutschland zur stärkeren Vernetzung und zum Erfahrungsaustausch getroffen.

Folgende Forderungen richten wir an Bund, Länder und die Europäische Union:

- Ein sofortiges ausnahmsloses Verbot sämtlicher Formen von Fracking bei der Erforschung, Aufsuchung und Gewinnung fossiler Energieträger. Dies ist unabhängig davon, ob die Rissbildung mit oder ohne den Einsatz giftiger Chemikalien, hydraulisch oder andersartig erzeugt wird.
- Ein generelles Import- und Handelsverbot von „gefrackten“ fossilen Energieträgern.
- Ein generelles Verbot der Verpressung des Rückflusses oder der untertägigen Ablagerung von Fluiden und Lagerstättenwässer.
- Eine Novellierung des Bergrechts. Die höchsten Umweltstandards und Beteiligungsrechte der Öffentlichkeit haben im Fokus der Novellierung zu stehen.
- Ein konsequentes Umsetzen der politisch beschlossenen Energiewende, d.h. Abkehr von fossilen Brennstoffen, Ausbau der erneuerbaren Energien und Steigerung der Energieeffizienz.

### Begründung:

Die Förderung von unkonventionellem Erdgas mittels Hydraulic Fracturing ('Fracking') und andere wirkungsgleiche Verfahren kann keinen Beitrag dazu leisten, einige der wichtigsten globalen Probleme zu lösen: den beschleunigten Klimawandel, den Raubbau an Ressourcen, den steigenden Energieverbrauch und die ungerechte Verteilung von Wohlstand. Aus diesen Gründen lehnen wir den Irrweg 'Fracking' entschieden ab.

Wir sind uns bewusst, dass eine sichere, nachhaltige und gerechte Energieversorgung eine Aufgabe darstellt, die einerseits über Ländergrenzen reicht, andererseits eine Verantwortung einfordert, die sich über Generationen in die Zukunft erstreckt. Bereits heute gibt es eine Vielzahl von Ansätzen, wie nach dem Ausstieg aus der atomaren Energiegewinnung auch kohlenstoffhaltige Energieträger ersetzt werden können. Jedoch mangelt es noch zu oft an dem Willen, sich als Gesellschaft auf den Weg zu machen und die Energiewende konsequent voranzutreiben. Dabei ist es eine existenzielle Notwendigkeit, unseren Kindern und Enkeln eine bewohnbare Erde zu hinterlassen.

Angesichts der ethischen Verpflichtung, unsere Gesellschaft nachhaltig, gerecht und in gemeinschaftlicher Teilhabe weiterzuentwickeln, fordern wir daher den Aufbruch in eine neue Energiezukunft, dessen Wurzeln in einem breiten gesellschaftlichen Konsens gründen.

Fracking als Hochrisikotechnologie zur Förderung unkonventionellen Erdgases u. -Öles ist unmittelbar mit nicht verantwortbaren negativen Eingriffen in den Naturhaushalten verbunden und bringt ein unabsehbares Konfliktpotential in die Gesellschaft. Breite Bevölkerungsschichten in Deutschland lehnen das Verfahren ab. Wir erwarten daher von den Politikern in Bund und Ländern nach dem Beschluss des Atomenergieausstiegs konsequent die Umsetzung des nächsten Schrittes: den Ausstieg aus der Nutzung fossiler Energieträger. Dieses langfristige Ziel wird über Parteigrenzen hinweg beschworen, jedoch nicht umgesetzt. Stattdessen ist die Jagd auf die letzten fossilen Energiereserven eröffnet.

Dabei können selbst die vermuteten unkonventionellen Vorkommen an Öl und Gas keinen signifikanten Beitrag zur Verringerung der Energie-Abhängigkeit Deutschlands oder Europas leisten. Auch die Energiepreise werden auf Dauer nicht gesenkt, denn die Aufwände zur Förderung sind deutlich höher als bei konventioneller Förderung. Die Erfahrungen aus den USA zeigen, dass die Förderraten schnell sinken und selbst durch ein dichteres Netz an Bohrtürmen sowie mehrfachen Fracks kaum aufrecht erhalten werden können. Darüber hinaus konterkariert unkonventionelles Erdgas durch seine schlechte Klimabilanz die bereits beschlossenen, politisch verbindlichen nationalen und europäischen Klimaschutzziele.

Daher ist bei volkswirtschaftlicher Abwägung des Risiko-Nutzen-Verhältnisses die unkonventionelle Gasförderung gesellschaftlich unverantwortlich, selbst wenn sie ohne Einbringung umwelttoxikologischer Substanzen irgendwann möglich wäre. Die Floskel vom sogenannten „clean fracking“ ist ganz entschieden zu entkräften, denn es gibt keine saubere Ausbeutung und Nutzung fossiler Energieträger!

Die Ausbeutung dieser Vorkommen dient nur der kurzzeitigen Gewinnmaximierung multinationaler Konzerne ohne einen nachhaltigen gesellschaftlichen Nutzen. Die Risiken und Folgekosten, welche existenziell und irreparabel sind, liegen ausschließlich auf Seiten der Bevölkerung:

- verschmutztes Grund- und Trinkwasser durch Bohr- und Transportunfälle, unkontrollierte Rissausbreitung und mangelhafte Sicherung von Bohrlöchern
- verseuchter Boden durch Leckagen in Rohrleitungssystemen, insbesondere durch Lagerstättenwässer
- belastete Luft in den Abbaugebieten um die Bohr- und Förderplätze durch entweichende Kohlenwasserstoffe und andere Gifte mit großer Schadwirkung für die Menschen und die Atmosphäre
- Gefährdung des Grundwassers durch verpresste Abwässer und Ausgasen verlassener Bohrungen
- Zunahme von Flächenverbrauch und Bodenversiegelung durch Straßennetze und Bohrplätze
- Schadstoffemissionen und Lärm durch LKW-Verkehr und Dieselaggregate auf den Bohrplätzen
- Umwandlung ländlicher Regionen, die bisher durch landwirtschaftliche Nutzung und Tourismus geprägt sind, zu Industrielandschaften mit rigorosem Wandel und Niedergang vorhandener wirtschaftlicher und kultureller Strukturen

- leichte bis mittlere Erbeben ausgelöst durch Fracking und Verpressung von Abwässern
- Ewigkeitsschäden durch Bodensenkungen.

Die trügerische Hoffnung auf bisher unerschlossene fossile Energieträger darf nicht weiter das Nachdenken über eine nachhaltige, risikoarme und gerechte Energieversorgung ersetzen.

**Im Namen aller Unterzeichner/innen.**

Drensteinfurt, 09.05.2013 (aktiv bis 08.11.2013)